

Hannover, den 18.10.2023

# Umsetzung der Istanbul-Konvention!

## Gewaltschutz ist nicht kürzbar

Am 6. November um 16.00 Uhr tagt der Gleichstellungsausschuss im Rathaus Hannovers. Diskussionsgrundlage sind hierbei die Kürzungen von 15% städtischer Zuwendungen ab 2025. Davon sind neben dem Kultur- und Sportbereich auch die Beratungsstellen der niedersächsischen Landeshauptstadt betroffen. Vor allem die Mitarbeitenden der hiesigen Beratungsstellen können dieses Vorhaben nicht nachvollziehen. So hat sich ein Bündnis aus diversen (Frauen-)Beratungsstellen in Hannover zusammengeschlossen, um am 6. November 2023 um 16.00 Uhr eine Kundgebung vor dem Rathaus abzuhalten. Interessierte und Unterstützende sind herzlich eingeladen, an der Kundgebung teilzunehmen.

### „Es gibt kein Überangebot.“

Steffen Stubenrauch-Kämpfe, Geschäftsführung des Männerbüros Hannover

Das aktuelle Lagebild des Bundeskriminalamtes belegt einen bundesweiten Anstieg der häuslichen Gewalt in Deutschland. Im Vergleich zu 2021 sind diese Art von Gewalttaten um 8,5% angestiegen. 240.547 Menschen wurden laut dem neuen Lagebericht im vergangenen Jahr Opfer von häuslicher Gewalt. Betroffen sind vor allem Frauen/FLINTA\* und ihre Kinder Die Dunkelziffer ist deutlich höher – auch in der Stadt Hannover. Allein diese alarmierenden Zahlen zeigen: der Bedarf an Beratung steigt.

Frauenhäuser sind kapazitiv am Limit. Sie können den Bedarf an Unterbringung Gewaltbetroffener und Unterstützung vulnerabler Menschen nicht decken. Die Nachfrage ist höher als das leistbare Angebot. Mitarbeitende befinden sich ohnehin schon in einer prekären Arbeitssituation. Beispielsweise erhalten sie keine tarifgebundene Bezahlung und finanzieren sich zum Teil durch einjährige Projektförderungen. Hinzu kommt, dass finanzielle Förderungen nicht an die Inflation angepasst wurden. So mussten bereits deutliche Gehaltskürzungen bei herrschendem Fachkräftemangel vorgenommen werden. Die drohenden Kürzungen würden für die Mitarbeitenden bedeuten, durch Stellenkürzungen weitere zusätzliche Belastung zu erfahren.

### Kurz und knapp: weniger Personal und noch weniger Geld für mehr Arbeit.

Aus den Kürzungen würde eine weitaus geringere Abdeckung von Beratungsangeboten gewährleistet werden: Stellen werden reduziert, daraus resultierend werden Erreichbarkeit/Öffnungszeiten minimiert, Zugänge zu Beratungsstellen werden erschwert und Präventionsangebote werden beschränkt. Jede Einsparung Kürzung bedeutet längere Wartezeiten für Ratsuchende, mehr Lücken im System und schließlich auch mehr Leid und Gewalt. Hierzu erklärt der Arbeitskreis Psychosoziale Versorgung Hannover:

**„Jede fünfte Beratung würde aufgrund der zunehmenden Unterfinanzierung nicht stattfinden können. (...) Das heißt: jede\*r fünfte Ratsuchende der Stadt Hannover braucht Hilfe und es gibt keine mehr.“**

Mit den geplanten Kürzungen in den Bereichen Soziales, Kultur und Sport verweigert die Stadt Hannover, ihren menschenrechtlichen Pflichten nachzugehen und den Vertrag der Istanbul-Konvention einzuhalten:

„Artikel 22 der Istanbul Konvention formuliert folgende Pflicht: Die Vertragsparteien haben dafür zu sorgen, dass spezialisierte Hilfsdienste für sofortige sowie kurz- und langfristige Hilfe in angemessener geografischer Verteilung für alle von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder bereitstehen. Zudem wird im erläuternden Bericht ergänzt, dass diese Hilfsdienste mit angemessenen Ressourcen einzurichten sind, über qualifiziertes Personal verfügen müssen, das vertiefte Kenntnisse über geschlechtsspezifische Gewalt hat und sie allen Betroffenen – einschließlich schwer zugänglichen Gruppen – Hilfe anbieten können.“

Peggy Zander, Frauennotruf Hannover

Die Bundesregierung hat diesen Vertrag unterzeichnet, somit ist die Stadt Hannover dazu verpflichtet, die Istanbul-Konvention umzusetzen. Sie ist für die kommunalpolitische Praxis in Hannover bindend, um Gewalt gegen Frauen/FLINTA\* präventiv zu verhindern und aktiv zu bekämpfen. Mit den Einsparungen nimmt die Stadt wissend in Kauf, dass sich die ohnehin schon prekären Arbeitsverhältnisse in Beratungsstellen weiter zuspitzen.

„Zudem leidet der Schutz gewaltbetroffener Personen (meist Frauen/FLINTA\* und ihre Kinder) und kann lebensgefährliche Auswirkungen haben.“

Tanja Kovačević, SUANA/kargah e.V.

Dieser unzulängliche Zustand ist nicht naturgegeben, sondern eine kommunalpolitische Entscheidung – und zwar gegen die Istanbul-Konvention. Realpolitisch wird mit den angekündigten Kürzungen genteilig gehandelt.

Wir, das Bündnis aus Beratungsstellen in Hannover, werden uns diesen Forderungen entgegenstellen und fordern die Politik und Verwaltung der Stadt Hannover dazu auf, sich für eine sichere Finanzierung und Dynamisierung der Zuwendungen zu engagieren. Wir rufen alle Beratungsstellen und Interessierte auf, sich der Kundgebung anzuschließen.

**KUNDGEBUNG:**

Montag, den 6. November 2023

um 16.00 Uhr

vor dem Rathaus Hannover

Tramplatz 2

**PRESSEKONTAKT:**

SUANA/kargah e.V.

suana@kargah.de

0511 12 60 78 -14/-18